

Zwischen Notprogrammen und Geistiger Landesverteidigung: Schweizerische Volksschulen im Zweiten Weltkrieg

Béatrice Ziegler

Für Gesellschaften wird Schule beziehungsweise Unterricht für nachkommen- de Generationen als bedeutsam eingeschätzt. Ihre organisatorische und inhaltliche Ausgestaltung gilt als mitbestimmend dafür, ob Herausforderungen in der Zukunft informiert und vielperspektivisch angegangen und von Einzelnen wie von Kollektiven gemeistert werden können.¹ Diese bis heute aktuell bleibende Bedeutungszuweisung an Schule begründet auch das historische Interesse an schulischen Dispositiven und Praktiken der Vergangenheit.² Dabei gerät für Krisenzeiten speziell in den Blick, inwiefern die Bewältigung jeweils aktueller gesellschaftlicher Schwierigkeiten in ein Spannungsverhältnis zu den auf die Zukunft gerichteten Lernanforderungen von Schule und Unterricht geraten.³ Als Krise kann die Zeit des Zweiten Weltkriegs insofern verstanden werden, als die politische Zukunft der demokratischen Schweiz zwar nach aufgeklärten, gut ausgebildeten Bürgern (und Bürgerinnen) verlangte, aber die Mehrheit der politischen Akteure gegen die nationalsozialistische Bedrohung für einen ideologischen Schulterschluss mit einer vorbehaltlosen Hingabe an die patriotische Gesinnung eintrat, eine Ausrichtung, die mit dem kulturpolitischen Programm der «Geistigen Landesverteidigung» seit den Anfängen der 1930er-Jahre umgesetzt werden sollte.⁴

1 Vgl. Helmut Fend, *Theorie der Schule*, München ²1981, insbesondere S. 39–49 und 377–387.

2 Die Begriffe «Dispositiv» und «Praktiken» folgen der Definition von Michel Foucault als einerseits machtdurchwirkte gesellschaftliche Ordnung und andererseits darauf reagierende und abgestimmte Verhaltens- und Kommunikationsweisen. Michel Foucault, *Der Wille zum Wissen* (Sexualität und Wahrheit, Bd. 1), Frankfurt am Main ²1988.

3 Krise wird hier verstanden als Zwischenraum, Raum zwischen einem Nicht-Mehr und einem Noch-Nicht, in welchem die Brauchbarkeit bisheriger Routinen fragwürdig, Gewissheiten abhandgekommen und zukünftiger Sinn nicht bestimmbar und deshalb nicht als handlungsleitend erscheinen, so dass konsensuale Entscheidungen nicht möglich sind. Vgl. Britta Breser, Christian Heuer, Georg Marschnig, *Krisen erzählen – Über die Orientierungsfunktion historisch-politischer Bildung*, in: *Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften* 13/2 (2022), S. 37–55, hier S. 39.

4 Dazu nach wie vor Josef Mooser, *Die «Geistige Landesverteidigung» in den 1930er Jahren. Profile und Kontexte eines vielschichtigen Phänomens in der schweizerischen politischen Kultur in der Zwischenkriegszeit*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 47/4 (1997), S. 685–708. Gemäss dem Historischen Lexikon der Schweiz (HLS) wird die Geistige Landesverteidigung als «politisch-kulturelle Bewegung bezeichnet, welche die Stärkung von als schweizerisch deklarierten Werten und die Abwehr der faschistischen, nationalsozialistischen und kommunistischen Totalitarismen zum Ziel hatte.» Marco Jorio, *Geistige Landesverteidigung*, in: *Historisches Lexikon der Schweiz* (HLS), Version vom 23. 11. 2006. Online: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017426/2006-11-23/>.

Bisherige Thematisierungen von Schule und Unterricht für die Zeit vor und während des Zweiten Weltkriegs haben sich im Kern auf die öffentlichen Diskussionen und politischen Vereinbarungen bezüglich der gesellschaftlichen Erwartungen an die Erziehung der Schuljugend und die dafür bereitzustellenden Programme und Materialien konzentriert. Sie haben sich also mit der Darstellung der gesellschaftlichen Funktion und Zielorientierung der Schule befasst und mit den Dispositiven, die die kantonalen Erziehungsdirektionen und der Bund zur Einlösung der Zielvorgaben anboten. Die konkrete Ausrichtung des schulischen Alltags auf diese Erwartungen dagegen wurde von Untersuchungen, die Schulen in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext verorten, beiseitegelassen.⁵ Demgegenüber thematisierten die ausschliesslich kleineren, regional oder lokal angelegten Studien zu Praktiken um und in den Schulen die Frage nach dem gesellschaftlichen Auftrag der Schule und seiner Erfüllbarkeit nicht explizit. Vielfach beschrieben sie die Veränderungen des Schulalltags der Schulkinder, die alltäglichen Herausforderungen für Lehrpersonen und die Störungen des Unterrichts, die den Schulen durch die militärischen und wirtschaftlichen Zwänge während des Kriegs erwachsen.⁶

Diese Zugriffe sind stark an die Zugänglichkeit von Quellenmaterial gebunden: Einerseits hinterliessen politische Diskussionen über Bildungsziele und -inhalte, Festlegungen der Erziehungsdirektionen, Verhandlungen von Lehrerorganisationen, die Entwicklung von Lehrplänen und Lehrmitteln und deren Inhalte reiche Dokumentationen von zumindest kantonaler Reichweite. Andererseits lässt sich mittels Quellen von Gemeinde- und Schulbehörden sowie allenfalls Dokumenten von Lehrpersonen nur lokal oder regional eruieren, wie die Landesverteidigung dem Lehren und Lernen in der Schule schwierige Rahmenbedingungen stellte. Deren Aussagekraft ist aber in ihrer Konkretheit begrenzt und kann nur mit der Absicht interpretiert werden, Exemplarisches zu entwerfen.

Darüber hinaus gibt es inhaltliche Gründe für die Ausrichtung bisheriger Forschungsaktivitäten. Die Geistige Landesverteidigung hat im Kontext der geschichtskulturellen Auseinandersetzung über die Entwicklung der schweizerischen Gesellschaft zur «Widerstandsgemeinschaft» bis weit über den Zweiten Weltkrieg hinaus ein gesteigertes Interesse hervorgerufen.⁷ Da die Schule als eine

⁵ Lucien Criblez, Pädagogik und Politik. Bildung und Erziehung in der deutschsprachigen Schweiz zwischen Krise und Krieg (1930–1945), Bern 1995 (Explorationen. Studien zur Erziehungswissenschaft). Neben Criblez' Beitrag trifft dies auch für die übrige, nachfolgend zitierte bildungshistorische Literatur über die Kriegszeit zu.

⁶ So z. B. Andreas Steigmeier, Kampf um die Schulzimmer. Die tausend kleinen Konflikte zwischen Truppe und Zivilbevölkerung, in: Walter Lüem, Andreas Steigmeier (Hg.), Die Limmatstellung im Zweiten Weltkrieg, Baden 1997, S. 120–138.

⁷ Kurt Imhof, Wiedergeburt der geistigen Landesverteidigung. Kalter Krieg in der Schweiz, in: ders., Heinz Kleger, Gaetano Romano (Hg.), Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Zwischen- und Nachkriegszeit, Zürich 1996 (Krise und sozialer Wandel, Bd. 2), S. 173–247.

Institution galt, in der die Werte und Inhalte der Geistigen Landesverteidigung vermittelt werden sollten, erfuhr deren Konkretisierung in schulischen Programmen und Materialien Aufmerksamkeit.⁸ Einerseits sorgte das kulturpolitische Dispositiv für die Schule im Vergleich mit kulturpolitischen Anstrengungen im Nationalsozialismus für Zündstoff,⁹ andererseits beschäftigte sich die Forschung mit seinen erzieherischen Nachwirkungen in der Nachkriegszeit.¹⁰

Demgegenüber ist der Blick auf die Praktiken des Schulunterrichts mit «Marschbefehlen» (militärischen Aufgeboten) für Lehrer, Truppeneinquartierungen in einzelnen Schulzimmern, Schulhäusern und Turnhallen sowie Einsparbefehlen bei der Kohlebeheizung, die zur Ausdünnung des Unterrichts und zu hohem organisatorischen Mehraufwand führten, der alltagsgeschichtlichen Perspektive auf den Zweiten Weltkrieg zuzuordnen.¹¹ Der Alltag blieb aber ein kaum befragter Gegenstand der Geschichtsschreibung zur Schweiz im Zweiten Weltkrieg, auch wenn er durch Erzählungen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu ihren Erlebnissen und Lebensverhältnissen im Krieg aufgezeichnet und öffentlich gemacht wurde.¹² In Reaktion auf die Untersuchungen der «Bergier-Kommission» erlaubten sie einen anderen Blick auf die Schweiz im Krieg und ermöglichten so, die politische Relevanz alltäglicher Themen und Erfahrungen zu befragen.¹³

Dieser Beitrag diskutiert die beiden vorgestellten historiographischen Perspektiven. Er fragt vorerst nach ihrer Aussagekraft für das Geschehen in und um die Volksschule im Zweiten Weltkrieg. Er bilanziert, inwiefern das Programm

⁸ Grundlegend Criblez, Pädagogik und Politik.

⁹ Zur Ausrichtung von deutschen Schulen auf nationalsozialistische Werte und Inhalte vgl. etwa Carsten Heinze, *Das Schulbuch im Innovationsprozess. Bildungspolitische Steuerung – Pädagogischer Anspruch – Unterrichtspraktische Wirkungserwartung*, Bad Heilbronn 2011, S. 129–184.

¹⁰ Speziell beachtet wird die Werteerziehung, die Charakterbildung und die inhaltliche Ausrichtung des Gelernten. Nadine Ritzer, *Der Kalte Krieg in den Schweizer Schulen. Eine kulturgeschichtliche Analyse*, Bern 2015 (*Geschichtsdidaktik heute*, Bd. 6), sowie dies., Stephan Hediger, *Aus der Geschichte der Geschichtsdidaktik – vom lebendigen Erzählen der Nationalgeschichte zum quellenkritischen Umgang mit Weltgeschichte – geschichtsdidaktische Diskurse und Veränderungen in der Schweizer Volksschule*, in: Béatrice Ziegler (Hg.), *Geschichtsdidaktik – eine eigenständige Disziplin. Institutionalisierung, Verwissenschaftlichung und Professionalisierung in der Deutschschweiz*, Bern 2023 (*Geschichtsdidaktik heute*, Bd. 14), S. 101–132.

¹¹ Vgl. auch die Einleitung zu Béatrice Ziegler, *Nationaler Ausnahmezustand und individuelle Lebensbewältigung. Aspekte des Alltagslebens in der Schweiz, 1939–1945*, 2025 (in Vorbereitung).

¹² Simone Chiquet (Hg.), *«Es war halt Krieg». Erinnerungen an den Alltag in der Schweiz 1939–1945*, Zürich 1992; Christoph Dejung, Thomas Gull, Tanja Wirz, Landigeist und Judenstempel. *Erinnerungen einer Generation 1930–1945*, Zürich 2002; Verein Archimob (Hg.), *L'histoire c'est moi*. 555 Versionen der Schweizer Geschichte, www.archimob.ch (13. 6. 2024).

¹³ Als «Bergier-Kommission» wurde die Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK) nach ihrem Präsidenten Jean-François Bergier in der Öffentlichkeit häufig genannt. Sie untersuchte aufgrund eines Bundesbeschlusses 1996 das «Schicksal der infolge der nationalsozialistischen Herrschaft in die Schweiz gelangten Vermögenswerte», vgl. <https://www.uek.ch/de/> (19. 4. 2024).

der Geistigen Landesverteidigung oder die wirtschaftlichen und militärischen Belastungen den damaligen Schulalltag beeinflussten. Schliesslich soll ein Fazit bezüglich der Wirkung des Unterrichts in den Kriegsjahren auf die Gesellschaft der Nachkriegszeit gezogen werden.

Für die Auseinandersetzung mit dem Dispositiv der Geistigen Landesverteidigung kann auf die bildungshistorische Literatur zurückgegriffen werden. Neben der Berücksichtigung einer Lizentiatsarbeit zur Geistigen Landesverteidigung in zürcherischen Schulen stützt sich die Darstellung schulischer Praktiken fast vollständig auf jüngere studentische Arbeiten, die Material zu aargauischen und thurgauischen Gemeinden verarbeitet haben, beziehungsweise auf einen Text, der ihre Ergebnisse gebündelt verarbeitet.¹⁴ Damit ermöglicht die Darstellung eine Auseinandersetzung mit den vom jeweiligen Material abhängigen Erzählungen und macht deutlich, dass sie ihre Aussagekraft erst in der Zusammenschau entfalten und deren gesamtschweizerische Gültigkeit mit weiterer Forschung geprüft werden muss.

Schulen im Sog der «Geistigen Landesverteidigung»?

Die bildungshistorische Forschung hat gezeigt, dass die Kulturpolitik der Geistigen Landesverteidigung als «nationalpädagogisches Programm, das die eigene Bevölkerung (wieder) auf die Grundlagen des liberalen Staates verpflichten soll-

¹⁴ Andreas Knörr, *Der Geschichtsunterricht innerhalb der nationalen Erziehung 1930–45. Themen, Inhalte, Bedeutung. Ein Beitrag zur Geschichte des Geschichtsunterrichts am Beispiel der Zürcher Volksschule*, unveröff. Lizentiatsarbeit, Zürich 2007. Bei diesen Qualifikationsarbeiten aus den Jahren 2004–2011 handelt sich um Facharbeiten der sogenannten Disziplinären Vertiefung Geschichte für zukünftige Geschichtslehrkräfte der Sekundarstufe I an der PH FHNW, DV-Arbeiten genannt. Vgl. Béatrice Ziegler, *Geschichtswissenschaftliche Qualifikationsarbeiten. Fachwissenschaftliche Ausbildung als Grundlage für die Lehrtätigkeit von Fachlehrpersonen auf der Sek-I-Stufe*, Argovia 118 (2006), S. 8–11, <https://www.e-periodica.ch/cntmng?pid=arg-001%3A2006%3A118%3A%3A200> (20.1.2024). Nicole Leuenberger und David Fricker untersuchten das Aargauer Schulblatt: Nicole Leuenberger, *Geistige Landesverteidigung. Die Volksschule des Kantons Aargau im Zuge der Geistigen Landesverteidigung im Jahre 1939*, unveröff. DV-Arbeit PH FHNW, Aarau 2011; David Fricker, *Untersuchung der Situation der Aargauer Lehrerinnen und Lehrer im 2. Weltkrieg anhand der Jahresberichte des Aargauischen Lehrervereins ALV 1939–1945*, unveröff. DV-Arbeit PH FHNW, Aarau 2008. Den lokalgeschichtlichen Zugang wählen Sonja Wiederkehr, *Wann beginnen die Ferien? Die Volksschule Würenlos im Zweiten Weltkrieg*, unveröff. DV-Arbeit PH FHNW, Aarau 2009; Antonio Mestre, *Einquartierung in Baden 1939/40 der an der Verteidigungsstellung im Limmattal eingeteilten Truppen und die Folgen für die Gemeinde*, unveröff. DV-Arbeit PH FHNW, Aarau 2007; Cornelia Schiegg, *Die Schule Steckborn während dem Zweiten Weltkrieg 1939–45*, unveröff. DV-Arbeit PH FHNW, Aarau 2008. Diese und weitere Arbeiten wurden mit den wenigen existierenden Publikationen zu lokalen Verhältnissen in einem weiteren Artikel verarbeitet, die Quellen wurden bei der Publikation mit angegeben. Béatrice Ziegler, *Unterrichten im Aargau während des Zweiten Weltkriegs – Lohnkampf, Militärdienst, kalte Turnhallen und Geistige Landesverteidigung*, in: Argovia, 2025 (in Vorbereitung).

te», im schweizerischen Bildungssystem seinen Nachhall hatte.¹⁵ Jakob Tanner sieht erste Ansätze der kulturpolitischen Anstrengungen in der Schweiz als Reaktion auf die Krise der Moderne, die sich vom Ende des 19. Jahrhunderts an vertieft habe. Er stellt damit die Kulturoffensive des Bundesrates mit der sogenannten «Kulturbotschaft» zur Geistigen Landesverteidigung in den späten dreissiger Jahren und während des Zweiten Weltkriegs in einen länger dauernden Versuch, die Nationalisierung der Bevölkerung voranzutreiben.¹⁶ Nadine Ritzer und Stephan Hediger weisen für den Geschichtsunterricht nach, dass in der Nachkriegszeit das Dispositiv mit antikommunistischer Tönung fortgeführt wurde.¹⁷

Zentraler Inhalt der Anstrengungen im Rahmen der Geistigen Landesverteidigung war es, das Konstrukt einer nationalen Gemeinschaft zu verankern. Im Sinne der *invention of tradition*¹⁸ wurde dieses Konstrukt mit der Betonung einer weit zurückreichenden Gründung und fortdauernden Bewahrung des «gottsegneten», «freiheitlichen», «demokratischen» und «unabhängigen» Kleinstaats insbesondere auf die Erzählung und Kodifizierung geschichtlicher Mythen abgestützt. Nicht zuletzt in der Volksschule sollte im Rahmen einer weit gefassten (historisch-)politischen Bildung Wissen zum liberalen Bundesstaat und Kenntnis zu seinen «freiheitlichen» Vorläufern vermittelt, insbesondere aber auch eine patriotische und demokratische Gesinnung implantiert werden.¹⁹

Mit dem Ersten Weltkrieg hatten die bildungspolitischen Debatten um ein nationalpädagogisches Programm liberalen Zuschnitts Auftrieb erhalten, aber das eidgenössische Parlament versetzte den nationalen Ambitionen insofern einen Dämpfer, als es den Bundesrat darauf verpflichtete, die kantonale Hoheit im Bildungswesen zu respektieren. Die in der Folge verabschiedeten Leitsätze der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren sicherten nach Anja Giudici und Karin Manz den Primat kantonalen Ausgestaltung über die nationalisierenden Tendenzen.²⁰ Sie liessen damit im Bildungssektor den «forcierten Kultur-

15 Criblez, Pädagogik und Politik, S. 16.

16 Jakob Tanner, *Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*, München 2015, S. 26–36. Jorio, *Geistige Landesverteidigung*, sieht dagegen die Ursprünge im Ersten Weltkrieg.

17 Ritzer, *Kalte Krieg*, und dies., Hediger, *Geschichte der Geschichtsdidaktik*, S. 104f., 117–120, zeigten, dass die Anstrengungen zur Vermittlung des mythischen Rückbezugs auf die sogenannten «Ursprünge der Eidgenossenschaft», die Definition schweizerischer Eigenart als bäuerliche Bodenständigkeit und gottesfürchtige Schlichtheit, die Betonung des Sonderfalls Schweiz auch in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Krieg kaum nachliessen, selbst wenn daneben Forderungen nach einer Öffnung schulischer Inhalte für die Welt Raum griffen.

18 Eric Hobsbawm, *Terence Ranger (Hg.)*, *The Invention of Tradition*, Cambridge 1983.

19 Criblez, *Pädagogik und Politik*, S. 46–53, beschrieb die Elemente der Geistigen Landesverteidigung in seiner Arbeit, in der die zeitgenössischen Diskussionen zum bildungspolitischen Programm auf der Basis pädagogischer Zeitschriften und weiterer pädagogischer Literatur im Zentrum standen.

20 Anja Giudici, Karin Manz, *Das Programm zur Nationalen Erziehung (1914–1924) oder: wie ein forcierter Kulturtransfer politisch scheitert*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Bildungswissen-*

transfer» liberaler Ausrichtung in die unterschiedlichen religiösen und politischen Milieus scheitern.²¹ In den Worten des von ihnen zitierten Erziehungsdepartements Basel-Stadt:

Die Leitsätze der EDK sind so gefasst, dass ihnen wohl unbedenklich zugestimmt werden darf. Thesen, gegen die weder katholische, noch protestantische, weder freisinnige, noch sozialdemokratische, weder welsche, noch deutschschweizerische Erziehungsdirektoren etwas einzuwenden hatten. Praktisch binden sie uns in keiner Weise.²²

Die staatsbürgerliche Erziehung patriotischen Zuschnitts blieb aber auch in den Kantonen ein Fokus, noch verstärkt mit der bundesrätlichen Kulturbotschaft von 1938.²³ So wurde von den kantonalen Erziehungsdirektionen 1940 eine Enquête zu den Aktivitäten und Massnahmen zur Förderung der staatsbürgerlichen Erziehung in den Kantonen durchgeführt. Die Redaktorin des Archivs für das schweizerische Unterrichtswesens Emma Bähler ergänzte deren Auswertung mit der Analyse der Massnahmen des Bundes und einer Recherche in den Jahresberichten der Erziehungsdirektionen, einer Sammlung von Berichten von Schulen, Mitteilungen von Schulleitern sowie der Durchsicht der wichtigsten pädagogischen Presse.²⁴ Das Resultat schien die Prägung des staatsbürgerlichen Unterrichts durch patriotische Werteerziehung insbesondere für die Volksschulstufen zu belegen.²⁵

schaften 40/1 (2018), S. 111–131. Die Konferenz heisst heute Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK), <https://www.cdep.ch/de> (23. 11. 2023).

²¹ Die Bezeichnung «liberal» richtete sich immer stärker auf die Wirtschaftsfreiheit und darauf, dass die «Freisinnige Partei» als selbsternannte Hüterin des Liberalismus an ihrem Primat im Bundesstaat trotz ihres Schulterschlusses mit den katholisch-konservativen Kräften festhielt. Tanner, *Geschichte*, insb. S. 208–212 und 219–228.

²² Erziehungsdepartement Basel-Stadt 1917, zitiert nach: Giudici, Manz, *Programm*, S. 124.

²³ Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Organisation und die Aufgaben der schweizerischen Kulturwahrung und Kulturwerbung, 9. Dezember 1938, in: *Bundesblatt II/50* vom 14. 12. 1938, https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/1938/2_985_/de (29. 4. 2024).

²⁴ Emma Bähler befasste sich als promovierte Volkswirtschaftlerin in ihren Publikationen mit dem schweizerischen Bildungswesen. Lucien Criblez, Bähler, Luzia Emma, in: *HLS*, Version vom 26. 12. 2001. Online: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/009003/2001-12-26/>.

²⁵ Emma Luzia Bähler, Die staatsbürgerliche Erziehung der schweizerischen Jugend in den Jahren 1939/40, in: *Archiv für das schweizerische Unterrichtswesen* 26 (1940), S. 32–76, <https://www.e-periodica.ch/cntnmg?pid=jus-002%3A1940%3A26%3A%3A8> (20. 1. 2024).

Das Bekenntnis der Lehrerorganisationen zur Geistigen Landesverteidigung

Ungeachtet der föderalistischen, konfessionellen und klassenkämpferischen Abwehr der Nationalisierung des Bildungswesens diskutierten in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg sowohl Lehrerbildner als auch Lehrer- und Lehrerinnenverbände die Wünschbarkeit einer auf Staatskunde und Werteerziehung fokussierten politischen Bildung.²⁶ Diese sollte von der Pflege der als Geschichte verstandenen historischen Freiheitsmythen unterfüttert werden. Sowohl Lucien Criblez wie Andreas Hoffmann-Ocon, Peter Metz und Daniel V. Moser-Léchoy zeigen aufgrund ihrer Analysen von sogenannten Lehrertagen und Lehrerzeitschriften die jahrelangen Auseinandersetzungen um die patriotische und demokratische Werteerziehung, die die Jugend zum (liberalen) Bundesstaat hinführen sollte. Die dortigen Stellungnahmen stellten die grundsätzliche Wünschbarkeit einer solchen Ausrichtung kaum in Frage, vielmehr thematisierten sie die Gewichtung der Zielsetzungen, die institutionelle Integration und die Zuweisung der Aufgabe an bestimmte Fächer und auserschulische Programme.²⁷ Neben der Frage, wie die politische Bildung und der Geschichtsunterricht auszugestalten seien, erweiterte sich die Stossrichtung der schulischen Geistigen Landesverteidigung in der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre insbesondere auf die Stärkung des Turnunterrichts im Sinne einer vormilitärischen Ertüchtigung. Dabei spielten die Bemühungen auf Bundesebene eine entscheidende Rolle. Nach der Ablehnung eines obligatorischen militärischen Vorunterrichts durch die schweizerische Bevölkerung²⁸ erliess der Bundesrat 1941 auf der Basis des Vollmachtenregimes eine Verordnung bezüglich des freiwilligen Vorunterrichts, in welcher er die Kantone auch zur Einführung einer dritten Turnstunde für Jungen verpflichtete.²⁹ Ausserdem machte er sich für kantonale Obligatorien für

²⁶ Zur Abwehr der Nationalisierung vgl. Giudici, Manz, Programm, S. 117–121.

²⁷ Criblez, Pädagogik und Politik, S. 46–53. Andreas Hoffmann-Ocon, Zur Konstruktion des völkischen und der Rasse durch schulpädagogische Zeitschriften – «Die Deutsche Schule» im Vergleich mit der «Schweizerischen Lehrerzeitung», in: ders., Peter Metz (Hg.), Schuljugend unter nationalem Anspruch. Bildungshistorische Untersuchungen zur schulpädagogischen Publizistik und zu visuellen Medien in der Schweiz und in Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Baltmannsweiler 2010, S. 17–62. Peter Metz, Selbstvergewisserung und Abgrenzung – Politische Bildung als Thema der schweizerischen Lehrerzeitung und der Lehrertage zwischen 1925 und 1950, in: Hoffmann-Ocon, ders. (Hg.), Schuljugend, S. 63–107. Daniel V. Moser-Léchoy, Zwischen Pazifismus und Patriotismus – Politische Bildung als Diskussionsthema im «Educatteur» und an den Kongressen der Société Pédagogique de la Suisse Romande 1914–1942, in: Hoffmann-Ocon, Metz (Hg.), Schuljugend, S. 109–146.

²⁸ Volksabstimmung vom 1. 12. 1940, <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/19401201/index.html> (26. 6. 2024).

²⁹ Verordnung des Bundesrates vom 1. 12. 1941. Eidgenössische Gesetzessammlung 57 (1941), S. 1369–1386. Vgl. Criblez, Pädagogik und Politik, S. 250 f.

das schulische Mädchenturnen stark.³⁰ Weiterhin blieben zudem die Forderungen nach einer intensiven Pflege der Mundarten und gleichzeitig der Verstärkung des kulturellen Austausches zwischen den Sprachregionen bestehen.³¹

Die – zwar spärliche – bildungshistorische Forschung zeigt, dass nicht erst nach dem Ersten Weltkrieg, sondern bereits im 19. Jahrhundert die Bindung der heranwachsenden Generationen an den schweizerischen, liberalen Staat als wichtige Zielsetzung der Nationalerziehung im schulischen Unterricht galt. Dabei schrieb man auch dann schon dem Geschichtsunterricht eine bedeutende Rolle zu, da die mythisch verklärte Schweizergeschichte als zentrale Grundlage des schweizerischen Staatsverständnisses galt.³²

In den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts waren es dann Lehrplanrevisionen und Lehrmittelerneuerungen, die unter anderem Diskussionen um den Stellenwert der patriotischen Erziehung anfachten. Andreas Knörr kann für den Kanton Zürich zeigen, dass in den Lehrplänen die Nationalerziehung früh eine Rolle spielte, indem etwa bereits der Lehrplan für die Volksschule von 1905 eine nationalpädagogische Zielsetzung aufwies, aber der Sekundarlehrplan von 1941 diese Tendenz deutlich verstärkte.³³

Zudem macht Knörr deutlich, dass die zürcherische Erziehungsdirektion der zürcherischen Sekundarlehrerkonferenz nur teilweise folgte, die sowohl inhaltlich wie für die Werteerziehung eine kategorische Konzentration des Lehrplans auf schweizerische Entwicklungen und Verhältnisse und auf die Bindung an den Nationalstaat gefordert hatte.³⁴ Nicole Leuenberger, die in ihrer Qualifikationsarbeit das Schulblatt des Kantons Aargau des Jahres 1939 untersuchte, stellt für die aargauischen Lehrerkonferenzen wie Knörr für die zürcherischen und Cornelia Schiegg für die thurgauischen fest, dass aus diesen Anlässen von Praktiken und Voten berichtet wurde, die ganz im Sinne der Geistigen Landesverteidigung waren.³⁵ So wurden heimatliche Lieder gesungen und Lehrermeldungen setzten sich für eine Verstärkung der patriotischen Werteerziehung ein.³⁶

30 Criblez, Pädagogik und Politik, S. 237–275. Turnen für Mädchen war lange Zeit heftig umstritten und entsprechend gab es in einigen Kantonen bis in die siebziger Jahre kein obligatorisches Fach oder gleich viele Turnstunden wie für die Jungen.

31 Vgl. ebd., S. 277–326. Dazu für Zürich auch Knörr, Geschichtsunterricht, S. 46–48.

32 Vgl. Alexander Lötscher, Claudia Schneider, Béatrice Ziegler, Reader. Was soll Politische Bildung? Elf Konzeptionen von 1799 bis heute, Bern 2016; Metz, Selbstvergewisserung. Moser-Lécho, Pazifismus. Knörr, Geschichtsunterricht, S. 13–17.

33 Der Volksschullehrplan umfasste die Primar- und die Oberstufe, also neun Schuljahre. Beim Sekundarlehrplan handelte es sich um den Lehrplan für das siebte bis neunte Schuljahr für das höhere Niveau.

34 Knörr, Geschichtsunterricht, S. 52–67.

35 Leuenberger, Geistige Landesverteidigung; Knörr, Geschichtsunterricht, S. 37–41; Schiegg, Schule Steckborn, S. 24–25.

36 Leuenberger, Geistige Landesverteidigung, S. 9f. und 12f.; Schiegg, Schule Steckborn, S. 24. Singen galt als eines der geeigneten Fächer für die Förderung emotionaler Bindung an die Heimat. Vgl. Criblez, Pädagogik und Politik, S. 54.

Dabei sollte aber meist der Wissensaufbau nicht vernachlässigt werden. Mehrheitlich wurde für eine Kombination von Wissensaufbau und Förderung von patriotischen (manchmal kombiniert mit «humanistischen») Werthaltungen argumentiert. So legte etwa ein Lehrerkurs für staatsbürgerliche Erziehung im Kanton Aargau, der eine Förderung patriotischer und demokratischer Überzeugungen bezweckte, auch ein Gewicht auf Wissensvermittlung.³⁷ Ein Kommentar zur Durchführung dieses Kurses im Schulblatt Aargau und Solothurn machte die Uneinheitlichkeit der Auffassungen deutlich, indem er kritisierte, dass die Rückkehr zu heimatlichen und traditionellen Werten im Kurs vernachlässigt worden sei.³⁸ Es gab, so zeigt auch Moser-Léchoy für die Diskussionen in der Romandie, eine durchaus lebhaftete Kontroverse darüber, was die Ausrichtung auf die Geistige Landesverteidigung für die Lernziele (Wissen und/oder Werte) bedeutete.³⁹ Einig war man sich hingegen, dass eine Fokussierung und Beschränkung auf schweizerische Themen erfolgen sollte.

Lehrmittel zwischen finanziellem Aufwand und patriotischen Anforderungen

Als nach 1933 die nationalsozialistische Ideologie in deutschen Lehrmitteln, die traditionellerweise auch in der Deutschschweiz zum Einsatz kamen, durchgesetzt wurde, wuchs das Bedürfnis der Lehrpersonen nach schweizerischen Lehrmitteln oder zumindest ergänzenden Unterrichtsmaterialien. In der Folge wurden in den Kantonen Schritte unternommen, eigenes Material zu produzieren.⁴⁰ Aber trotz der verbreiteten Auffassung, es müssten nun insbesondere die Lehrmittel für den Geschichts- und Geografieunterricht (neben Textbüchern für den Deutschunterricht) den Zielsetzungen der Geistigen Landesverteidigung entsprechend gestaltet werden, verweigerten Erziehungsdirektionen aus finanziellen Erwägungen häufig den Auftrag für neue obligatorische Lehrmittel. War ein solches sowieso in Ausarbeitung, konnten die Inhalte eine deutliche Berücksichtigung der patriotischen Werteerziehung und Inhaltsvermittlung aufweisen, wie Knörr beim Vergleich der zürcherischen Primarlehrmittel für die Oberstufe von 1927 und 1939 zeigt.⁴¹

Es entstanden aber vor allem andere Unterrichtsmaterialien, so etwa die Schulwandbilder. Als eigentliche Schöpfung der Geistigen Landesverteidigung

37 Vgl. für das Programm Schulblatt in Aargau und Solothurn 9, 28. 4. 1939, zit. nach ebd., S. 11.

38 Ebd., S. 12.

39 Moser-Léchoy, Pazifismus.

40 Criblez, Pädagogik und Politik, S. 189–204.

41 Knörr, Geschichtsunterricht, S. 67–82. Neben der Sekundarschule wurde für schwächer eingestufte Lernende die Primarschule in der Oberstufe weitergeführt.

setzte ihre Produktion 1935 ein. Sie zeugten von typischen Werten, wie Metz feststellt:

Die Merkmale des Durchhalte- und Einheitswillens, der Kompromisshaltung und der Bodenverbundenheit sind in ihrer Darstellungsart typisch schweizerisch. Sie zielen auf die Erhaltung der Einheit des Landes, die durch die Verschiedenheit der Kultur und die äusseren Feinde als bedroht empfunden wird.⁴²

Knörr erwähnt weiter, dass zusätzliches Material in den Schulen Verwendung fand, so in Zürich die «Bilder zur Schweizergeschichte»,⁴³ wobei er festhält, dass das Werk «Teil eines übergeordneten, nationalen Programms [war], das durch Besinnung auf den Staat eine geistige Wehrbereitschaft hervorrufen sollte». Das von der Erziehungsdirektion empfohlene Lehrmittel habe auch über die Funktionalisierung und über die Verzerrung der Geschichte Zeugnis abgelegt:

Bezüglich der Darstellungen wird «weniger Gewicht auf Treue» als auf die «fesselnde Verlebendigung» und die «lebhaft, packende Gestaltung» gelegt, ganz in der Tradition des gesinnungsbildenden Geschichtsunterrichts, in dem die objektive Darstellung des Stoffinhalts sekundär ist.⁴⁴

Die schulische Nutzung kultureller Angebote der Geistigen Landesverteidigung

Die bisher verwendeten Quellen und die Untersuchungen belegen eine deutliche Rezeption und Bejahung der Geistigen Landesverteidigung durch die Organisationen der Lehrerschaft und eine entsprechende Bereitstellung von (meist zusätzlichem) Material, welches dem heimatkundlichen und dem Geschichtsunterricht dienen sollte. Zum eigentlichen Unterricht allerdings ist die Quellenlage naturgemäss schlecht, da das Geschehen in Schulzimmern praktisch nicht dokumentiert worden ist. Auch die studentischen Arbeiten zu den Schulen einzelner

⁴² Metz, Selbstvergewisserung, S. 70. Martina Späni sah die Problematik der Bilderserien vor allem in Auslassungen und Gewichtungen. Martina Späni, Illusion des Faktischen – Die Schweizerischen Schulwandbilder in den 1930er und 1940er Jahren, in: Hoffmann-Ocon, Metz (Hg.), Schuljugend, S. 177–193. Sie verwies auf lange bestehende Bildtraditionen, die deren Rezeption erleichtert und vertieft hätten. 2004 belegte Markus Furrer, dass die Leitbilder einer schweizerischen Nationalgeschichte trotz allen Wandels in den Lehrmitteln der Nachkriegszeit tradiert wurden. Markus Furrer, Die Nation im Schulbuch – zwischen Überhöhung und Verdrängung. Leitbilder der Schweizer Nationalgeschichte in Schweizer Geschichtslehrmitteln der Nachkriegszeit und Gegenwart, Hannover 2004.

⁴³ Otto Baumberger, Bilder zur Schweizergeschichte. Mit begleitendem Text aus Urkunde und Dichtung, Zürich 1938 (Bd. 1–3).

⁴⁴ Knörr, Geschichtsunterricht, S. 83 f.

aargauischen Gemeinden berichten über die besondere Förderung der patriotischen Gesinnung kaum etwas.⁴⁵

Immerhin: Die Landesausstellung 1939 war den Lehrpersonen als Ziel der Schulreisen empfohlen.⁴⁶ So besuchten etwa alle Klassen der Sekundarschule von Steckborn (TG) die «Landi». Wichtig dürfte gewesen sein, dass die Schule ausnahmsweise die Kosten für diese Reise vollumfänglich bezahlte.⁴⁷ Knörr dagegen berichtet für die zürcherischen Klassen nichts über Ausstellungsbesuche.

Den Lehrkräften war zudem empfohlen, in den folgenden Jahren Schulreisen in die Innerschweiz zu unternehmen, um die Kinder mit der Landschaft der mythischen Gründungsgeschichte der Schweiz vertraut zu machen. Auch dafür wurden die Kosten in vielen Kantonen übernommen, was stimulierend gewirkt haben dürfte.⁴⁸ Vor allem im Jahr 1941, das als 650-Jahre-Jubiläum der mythischen Gründung der Schweizerischen Eidgenossenschaft begangen wurde, wurden die Bahnbillette für Schulen stark verbilligt. Der massive Zulauf von Schulklassen auf das Rütli in diesem Jahr, so berichtet Martin Schaub, führte zur Einführung von Kontingenten, die durch eine Zentralstelle der Schweizerischen Bundesbahnen vergeben wurden.⁴⁹

Nach Criblez handelte es sich bei den weiteren Anlässen, die von der Bildungspolitik empfohlen waren, um die folgenden: Heimat- und Gedenktage, das Singen der jedes Jahr neu festgelegten obligatorischen Lieder (patriotischen Inhalts), Jahresaufgaben und Preisfragen, Jungbürgerfeiern sowie Wettbewerbe, Ausstellungen, Elternabende.⁵⁰ Die punktuellen Berichte in Lehrerzeitschriften zu solchen Anlässen in einzelnen Schulen lassen vermuten, dass es sich nicht um eine übliche Praxis, sondern um zur Nachahmung empfohlene Besonderheiten handelte.⁵¹ In den untersuchten Quellen von Schulpflegen und Gemeinden finden sich ausser für die Sekundarschule Steckborn denn auch keine Hinweise.⁵²

45 Schiegg konnte auch Schultagebücher auswerten. Sie entnahm ihnen aber nichts über Praktiken, die mit der Geistigen Landesverteidigung verbundenen waren. Schiegg, Schule Steckborn.

46 Andrej Abplanalp, Die Landi von 1939, 15.7.2022, <https://blog.nationalmuseum.ch/2019/05/die-zuercher-landi/> (21.5.2024).

47 Besuch am 5. Juni 1939. Schiegg, Schule Steckborn, S. 26.

48 Die Sekundarklassen von Steckborn reisten 1942 in die Innerschweiz. Ebd.

49 Zum Rütli als Ziel für Schulklassen vgl. Martin Schaub, Das Rütli – ein Denkmal für eine Nation? Zur Dynamik des kollektiven und individuellen Umgangs mit dem Rütli als Denkmal, Mythos und Ritual seit der Bundesstaatsgründung, Bern 2018 (Geschichtsdidaktik heute, Bd. 9), S. 296–310. Zur Situation während des Zweiten Weltkriegs insbesondere S. 299.

50 Criblez, Pädagogik und Politik, S. 157–164.

51 Leuenberger, Geistige Landesverteidigung, S. 15–17.

52 Schiegg, Schule Steckborn, S. 26f.

Praktizierte Geistige Landesverteidigung oder kriegswirtschaftlicher Dienst?

Schulen wurden gelegentlich aufgefordert, sich an gesellschaftlichen Aktionen im Rahmen der Kriegswirtschaft zu beteiligen. Insbesondere mit der propagandistischen Aufladung der «Anbauschlacht» wurden solche Einsätze als patriotischer Dienst an der Gemeinschaft bezeichnet.⁵³ Dass Kinder und Jugendliche in wirtschaftliche Prozesse eingebunden wurden, kann auf unterschiedliche Weise gedeutet werden: als Ausdruck von kriegswirtschaftlichen Engpässen oder als Einbezug in das nationalpädagogische Programm der Geistigen Landesverteidigung.⁵⁴

Schulpflegen und Lehrerschaft konnten sich nur schwer entziehen: Sie verfügten und organisierten den Einsatz von Schulkindern beziehungsweise der «Schuljugend». Akten von Schulpflegen, Gemeinderäten und schulinterne Dokumente aller untersuchten Gemeinden berichten von Ferienanpassungen und von der Freistellung von Kindern und Jugendlichen für die Arbeit auf den Feldern. Im Folgenden wird beispielhaft aus Würenlos berichtet.⁵⁵

Dort wie anderswo wurden Kinder für Altstoffsammlungen verschiedener Art eingesetzt. Sonja Wiederkehr berichtete, dass sich Würenlos ab November 1940 an der bezahlten Altpapiersammlung durch Schulen beteiligte, die das Eidgenössische Kriegsindustrie- und Arbeitsamt propagierte und das Aargauische Arbeitsamt unterstützte. Die Kinder sollten wöchentlich Zeitungen und Zeitschriften von zu Hause mitbringen und eine Lehrperson sollte dafür entschädigt werden, «die weiteren Schritte zu koordinieren».⁵⁶ Daneben galt es, allgemein Altstoffe, Zinntuben, alte Textilien und Wolle und anderes mehr zu sammeln. Ausserdem: Als 1940 der Kartoffelkäfer bekämpft werden sollte, wurden ganze Schulklassen zu seiner Bekämpfung losgeschickt.⁵⁷

Insbesondere die Rekrutierung der «Schuljugend» für die Landwirtschaft war zumindest in Landgemeinden weit verbreitet: Für «das Pflanzen von Kartoffeln und anderen Hackfrüchten, die Heu-, Getreide-, Kartoffel- und Obsternte und teilweise die Weinlese» wurde sie eingesetzt.⁵⁸ Schulen sollten deshalb die Ferien den jeweiligen saisonalen Bedürfnissen anpassen, damit die Kinder und Jugendlichen in den Ferien bei den Erntearbeiten helfen konnten. In Würenlos

53 Peter Maurer, *Anbauschlacht*. Landwirtschaftspolitik, Plan Wahlen, Anbauwerk 1937–1947, Zürich 1985.

54 Vgl. zur Frage der Verfügbarkeit von Arbeits- bzw. Wehrkräften Tanner, *Geschichte*, S. 172–174. Maurer, *Anbauschlacht*, betont die ideologische Komponente forcierter kriegswirtschaftlicher Beteiligung bei der Anbauschlacht. Da es zur wirtschaftlichen Bedeutung solcher Kinderarbeit keine Forschung gibt, bleibt die Bedeutung offen.

55 Wiederkehr, *Volksschule Würenlos*.

56 Ebd., S. 24 f.

57 Ebd., S. 26.

58 Ebd., S. 25.

konnten sie in den Herbstferien zum «freiwilligen» Arbeitseinsatz aufgeboden werden. Dabei sollten vor allem Kinder eingesetzt werden, die «zu Hause keine oder nur eine ungenügende Beschäftigung hatten».⁵⁹ Die Schulpflege, die das Ansinnen unterstützte, bot zudem an, die Herbstferien um eine Woche zu verlängern, wenn es die Erntearbeiten notwendig machen sollten. Schliesslich waren gemäss dem aargauischen Erziehungsdirektor 1944 die Ober- und Mittelstufenkinder «nach Möglichkeit» in den Landdienst aufgeboden, nachdem die kriegerischen Entwicklungen von neuen Truppenaufgeboden begleitet worden waren.⁶⁰

Für die (vor allem älteren) Mädchen zeigte sich die Einpassung in die Geistige Landesverteidigung zudem in geschlechtsspezifischem Gewand. Im Kanton Aargau wurden 1939 «die Arbeitsschulen in den Dienst der Soldatenfürsorge gestellt». Dabei waren die Schülerinnen für Strick- und Näharbeiten vorgesehen, die den Soldaten und ihren Familien zugutekamen. Sie fertigten «Socken, Hemden, Kinderkleider, Fausthandschuhe, Puls- und Brustwärmer, Stirnbänder» usw. an. Die Arbeitslehrerinnen hatten der Erziehungsdirektion Bericht zu erstatten. Erst die Rationierung von Textilien 1941 beendete die Dienstverpflichtung von Mädchen in den Arbeitsschulen.⁶¹ Criblez stellte fest, dass die nationale Erziehung der Mädchen und Frauen auf deren wirtschaftliche und kulturelle Rolle als Hausfrau abzielte, diese aber nie in einen staatspolitischen Kontext gestellt wurde.⁶²

Auswirkungen von militärischen und kriegswirtschaftlichen Zuständen auf die Schule

Die genannten Arbeitseinsätze und Sonderbeschäftigungen der Kinder hatten erhebliche Auswirkungen auf einen geregelten Schulunterricht. Noch einschneidender aber waren die wechselhafte Mobilisierung von Lehrern für den Militärdienst, die Belegung von Schulhäusern beziehungsweise Schulzimmern und Turnhallen durch Truppen sowie die reduzierte Beheizung von Schulräumen aufgrund der Kohlesparbefehle. Erhebliche Anpassungen im Schulunterricht,

⁵⁹ Ebd., S. 26.

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Ebd., S. 23f. Die Geschichte der Arbeitsschulen ist nur ungenügend bekannt. In vielen Kantonen obligatorisch, war ihr Rechtsstatus und ihr Verhältnis zur Volksschule unterschiedlich. In Arbeitsschulen sollten Handarbeitslehrerinnen Mädchen in Handarbeit und Hauswirtschaft ausbilden. Für erste Hinweise zu den Anfängen vgl. Elsa Suter, Volksschule – Arbeitsschule. Ursprung und Entfaltung des Schulwesens der mittleren und nördlichen Schweiz, insbesondere der durch Elisabeth Weissenbach wesentlich geförderten weiblichen Volksarbeitsschule, Baden 1956.

⁶² Criblez, Pädagogik und Politik, S. 176–188. Mädchen erhielten in vielen Kantonen wegen der Fächer Handarbeit und Hauswirtschaft, die zwischen 1937 und 1939 noch ausgebaut wurden, weniger Unterricht in anderen Fächern, so etwa in Mathematik oder Geschichte.

Reduktion von Schulstunden sowie wechselnde und vergrösserte Klassenzusammensetzungen waren die Folge.

Da Kohle insbesondere auf dem Rhein in die Schweiz angeliefert wurde, bestand in den Kriegsjahren Kohlemangel.⁶³ Der Bund beauftragte in der Folge die Kantone ab dem Winter 1940, Brennstoffe einzusparen. Deshalb schlug auch der Erziehungsdirektor des Kantons Aargau den Schulen unterschiedliche Massnahmen vor: Verlängerung von Ferien in der Heizperiode, Fünftagewoche, Verkürzung von Mittagspausen, Schichtbetrieb in weniger Räumen, Reduktion der Temperaturen in den Turnhallen auf 10 Grad für einige Wochentage und auf 0 Grad an den übrigen. Die Beheizungsprobleme führten ausserdem dazu, die Heizung effizienter zu machen und die Kinder und Jugendlichen im Sommer Holz sammeln zu lassen.⁶⁴ Insgesamt aber wurde der Unterricht im Winter durch die unterschiedlichen Massnahmen zum sparsamen Kohlenverbrauch eingeschränkt.

Die Aargauer Erziehungsdirektion stellte bereits im Juli 1939 klar, dass zumindest ein reduzierter Schulunterricht sichergestellt sein müsse, selbst wenn Lehrer in den Militärdienst aufgeboten werden. Es seien vor allem die aktiven Lehrerinnen in der Pflicht, ausserdem «aus der Wehrpflicht entlassene, dienstuntaugliche oder im Luftschutz eingeteilte Lehrer».⁶⁵ Der Ersatz von Lehrern während ihrer Dienstpflicht war nicht einfach. Dies, obwohl es ausgebildete Lehrer ohne feste Lehrerstelle gab und angenommen wurde, diese seien sofort einsetzbar, ausser sie erhielten ebenfalls ein Aufgebot für den Wehrdienst. Zudem waren Lehrerinnen, die den Schuldienst bei ihrer Heirat hatten verlassen müssen,⁶⁶ teilweise gerne bereit, in den Schuldienst zurückzukehren. Die häufigen Wechsel führten zu grosser Unruhe und fehlender Kontinuität im Unterricht. Konnten Stellen nicht oder nur nach gewisser Zeit besetzt werden, versuchte man, wenigstens «die Hauptfächer Sprachen, Rechnen und Vaterlandskunde» zu erteilen.⁶⁷

Wenn Truppen Schulhäuser und Turnhallen für ihre Zwecke beschlagnahmten, fiel der Unterricht oft aus oder musste eiligst improvisiert werden. Die

⁶³ Der Nachschub war wegen Kriegshandlungen oder des Eigenbedarfs des Deutschen Reichs reduziert. Matthias Schärer, «... dass man einstweilen den Verkehr mit Neptun dulden wolle ...». Rheinschiffahrt und Landesversorgung. Die Geschichte der «Neptun Transport- und Schiffsahrts A.-G.» 1939–1945, unveröff. Lizentiatsarbeit, Zürich 2005.

⁶⁴ Wiederkehr, Volksschule, S. 21–23.

⁶⁵ Fricker, Untersuchung, S. 7 f., 20; Wiederkehr, Volksschule, S. 19 f., 27–33; Mestre, Einquartierung, S. 12, 35; Schiegg, Schule, S. 9.

⁶⁶ Die Doppelverdienertumkampagne hatte zu Berufsverboten für verheiratete Frauen im öffentlichen Dienst geführt. Vgl. Béatrice Ziegler, «Kampf dem Doppelverdienertum!» Die Bewegung gegen die Qualifizierung weiblicher Erwerbsarbeit in der Zwischenkriegszeit in der Schweiz, in: Ulrich Pfister, Brigitte Studer, Jakob Tanner (Hg.), Arbeit im Wandel. Deutung, Organisation und Herrschaft vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Zürich 1996, S. 85–104.

⁶⁷ Schiegg, Schule, S. 9.

anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen Verantwortlichen des Militärs und den Gemeindebehörden waren dabei oftmals spannungsreich, da die Armeeangelegenheiten Priorität hatten. In manchen Gemeinden fiel der Schulunterricht nach den Sommerferien 1939 gänzlich aus, bis die Behörden behelfsmässige Unterrichtsräume gefunden hatten. In einzelnen Gemeinden blieb die Situation angespannt, in anderen konnten immer wieder Ersatzlösungen gefunden werden. Dennoch blieben Störungen des Schulbetriebs mit Schichtunterricht, Stundenausfällen und behindertem Turnunterricht gegenwärtig. So zeigt etwa eine detaillierte Aufstellung aus Baden, dass die Klassen einzeln in andere Gebäude und Räume einquartiert und auch wieder umquartiert wurden, was von der Gemeinde nicht nur organisiert, sondern auch finanziert werden musste.⁶⁸

Fazit: Erziehung zum Patriotismus und lückenhaft betriebener Unterricht

Abhängig von unterschiedlichen Quellenbeständen lassen sich für den Unterricht in schweizerischen Schulen in den Jahren des Zweiten Weltkriegs zwei unterschiedliche Erzählungen begründen: die eine thematisiert die Durchsetzung der Inhalte und Praktiken der Geistigen Landesverteidigung, die andere berichtet von den alltäglichen Störungen und Sorgen bei der Sicherstellung des Unterrichts.

Folgt man den offiziellen und öffentlichen Diskursen um Schule und Erziehung der nachwachsenden Generationen seit den frühen dreissiger Jahren, lässt sich aufgrund der Quellen mit Deutlichkeit feststellen, dass das nationalpädagogische Programm der Geistigen Landesverteidigung vorherrschte. Ging es nach den kantonalen und Bundesbehörden, aber auch den Lehrerorganisationen, wurden in der Volksschule grosse Anstrengungen zur Werteerziehung mit dem Ziel «der Bereitschaft zum Einsatz der Persönlichkeit für die Gemeinschaft aus lebendigem Verantwortungsgefühl heraus» unternommen.⁶⁹ Die in den Quellen dokumentierten Diskurse beinhalten eine dezidierte Stellungnahme für das Dispositiv der Geistigen Landesverteidigung.

Trotz den vorbehaltlosen Bekenntnissen zu einer patriotischen Erziehung sind aber bereits in den Massnahmen Zwischen- und Misstöne oder Leerstellen zu finden. So blockierten die Kantone mit föderalistischen Motiven die nationale Bildungspolitik und schienen auch nicht zu grossen finanziellen Anstrengungen bereit. Ausserdem gab es in den Lehrerorganisationen neben den Verfechtern der Geistigen Landesverteidigung durchaus Stimmen, die zur Stärkung der Demokratie und zum Wissensaufbau im Interesse der (beruflichen) Zukunft der heranwachsenden Generationen mahnten. Schliesslich dürfte die Präsentation

⁶⁸ Mestre, Einquartierung, S. 10; Schiegg, Schule, S. 9.

⁶⁹ Botschaft des Bundesrates, in: Bundesblatt 50 (1938), S. 989.

«vorbildlicher» Schulprojekte, die auf besonders engagierte Lehrpersonen hinvies, auch ein Zeichen dafür gewesen sein, dass diese Projekte der Nachahmung empfohlene Einzelfälle blieben. Anders gesagt: zwar durchzog das Bekenntnis zur Erziehung zum Patriotismus die Diskurse auf allen politischen Ebenen. Wenn es aber zu den konkreten Realisierungsschritten kam, wurde der patriotische Eifer aus unterschiedlichen Gründen arg gedämpft.

Dass die ideologischen Ansprüche im Unterricht angekommen waren, müsste mittels Quellen beantwortet werden, die die Schul- und Unterrichtsorganisation in den Gemeinden und Schulen selbst betreffen. Auf der Ebene der Gemeindeverwaltungen lassen Protokollbücher nicht darauf schliessen, dass der Unterricht von der patriotischen Ausrichtung der Schuljugend bestimmt gewesen wäre, vielmehr dominieren die Hinweise auf kriegswirtschaftliche und militärische Störungen des Schulbetriebs. Von der Förderung der Geistigen Landesverteidigung erzählen sie nichts. Quellen aber, die tatsächlich Einblick in den Unterricht geben würden, existieren praktisch nicht.

Was trotzdem aus den Materialien deutlich wird, ist, dass sich die Perspektiven auf die nationale Gemeinschaft für die Gegenwart wie die Zukunft verengten: in den politischen Diskursen auf die mythisch begründete Nation, die Wehrhaftigkeit gegen Aussen und den (geschlechtsspezifischen) Einsatz im Innern, und in den alltäglichen Praktiken, indem die schulische Aktivität hinter die militärischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse gestellt und deshalb häufig auf einen Krisenmodus reduziert wurde. Ob aus ideologischen Gründen oder aus damals aktuellen Engpässen und Beschränkungen: für alternative Visionen für die Schule der Zukunft blieb in Zeiten des Kriegs kein Platz. Etwas anderes als die Fortschreibung der Nationalisierung der Bevölkerung in Schule und Unterricht erschien damit schlecht vorstellbar.

Béatrice Ziegler, Beatrice.ziegler@em.fhnw.ch